

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/40. Jahrgang

Oktober 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

## Im Stadtparlament: "Verständnis" statt Solidarität mit Mieter-Protesten

Eine gute halbe Stunde brauchten die Fraktionen der Regierungskoalition im Stadtparlament, um darüber zu beraten, ob einige am Beginn der Sitzung eingereichten Dringlichkeitsanträge wirklich dringlich sind.

Über hundert Zuschauer, die gekommen waren, um die Behandlung ihrer Anliegen mitzuerleben, saßen oder standen solange auf der überfüllten Zuschauertribüne oder in den Gängen herum. Schließlich schaffte nur ein Antrag die Zulassung – der Antrag der Fraktion „Die Linke“, die gegen eine Mieterhöhung kämpfenden Mieter des Bauvereins zu unterstützen. Bis zur Behandlung dieses Antrags vergingen dann aber etwa drei Stunden, nur drei Betroffene hielten solange im Stadthaus durch.

Bei der Diskussion zeigte dann die Koalition aus CDU, FDP und Grünen ihr Gesicht: Solidarität mit den Mietern kam für sie nicht in Frage, allerhöchstens wollten sie Verständnis für die Proteste zeigen. Dabei sind CDU und FDP für die Lage der Mieter mitverantwortlich. Vor einigen Jahren

haben sie dem Verkauf der betroffenen Wohnungen an den Darmstädter Bauverein zugestimmt und den Mietern versichert, ihnen würden keine Nachteile entstehen.

Dieser ehemals gemeinnützige Verein, inzwischen eine Aktiengesellschaft, will nun Kasse machen. Obwohl er in der Zwischenzeit nichts in die Wohnungen investiert hat, will er Mieterhöhungen bis zu 20% durchsetzen. Nach dem Aktienrecht seien sie dazu verpflichtet, soviel zu nehmen, wie der Markt hergibt.

Im Vorstand dieses Bauvereins sitzen keineswegs gewöhnliche Miethaie, sondern Darmstädter Kommunal- und Landespolitiker, vor allem von SPD und Grünen. Die Gießener grüne Bürgermeisterin will ihren Darmstädter Parteifreunden nicht in den Rücken fallen. Den beiden anderen Parteien, klassische Vertreter von Grundbesitzern und Immobilienmaklern, ist Solidarität mit kämpfenden Mietern natürlich fremd. Verständnis wollte man schon zeigen – auch ein Raubtier hat wahrscheinlich Verständ-



nis dafür, wenn sein Beutetier sich wehrt.  
Gernot Linhart

### Hartz IV: Heizkosten werden erstattet!

Wegen der hohen Energiepreise, des kalten Winters und der jetzt komplett durchschlagenden Mehrwertsteuer-Erhöhung sind die Heizkosten stark gestiegen – trotz „angemessenen Verhaltens“. Nachforderungen werden daher erstattet.

Wer ALG II bezieht, muß nur die Abrechnung der Stadtwerke nehmen und die Übernahme der Heizkosten bei der GIAG beantragen.

Jeden Montag,  
18 bis 19 Uhr bei  
den 3 Schwätzern:  
**Protest**  
gegen  
**Hartz IV**

**Lieber sozialer  
Wohnungsbau als die  
Landesgartenschau**

*Spruchband der Initiative gegen die Mieterhöhung  
des Darmstädter Bauvereins, Text Günter Seibert*

### Inhalt:

Bundestagswahl/Geschichtsklitterung	S.2
Landesgartenschau/Opel/Lehrerstreik	S.3
Feldbefreierprozeß/Überwachung	S.4
Kapital-Heilung/HYPO-Grab	S.5
Leserbriefe/US-Justiz/Gratulation	S.6
Karikaturen-Streit/Zuschriften	S.7
Raus aus Afghanistan/Termine	S.8

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Wahlverlierer: arbeitende Menschen und Erwerbslose

Die neu zu bildende Regierung wird fortsetzen, was die Regierung der letzten fünf Jahre praktiziert hat. Nun müssen CDU/FDP weiterhin Krieg führen und Deutschland am Hindukusch verteidigen. SPD und CDU haben wenige Tage vor der Wahl immerhin angekündigt: Die Bürger müssten auf tiefe Einschnitte in den nächsten Jahren eingestimmt werden.



Von und zu Guttenberg: „Wir werden uns nicht herumdrücken können.... dass es ein hartes Jahr geben wird. Wir werden auf das ein oder andere Liebgewonnene verzichten müssen.“

Dies gilt gewiss nicht für ihn und für andere Kapitalisten (z.B. Ackermann und Konsorten) oder deren politischem Personal in CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne.

Wenn Merkel und Westerwelle von Steuer-senkungen gesprochen haben, dann meinen sie damit die Reichen und Wohlhabenden

des Landes und nicht die Durchschnittsverdiener.

Hartz-IV wird gekürzt, die Mehrwertsteuer und die Krankenversicherungsbeiträge werden erhöht – Armut und

Verelendung werden wachsen. Nichtwähler und erst recht der Stimmenzuwachs für die Partei Die Linke (PDL) drücken aus: Viele Menschen haben längst resigniert, andere haben die Schnauze voll, und wollen Veränderungen. Sie treten ein für Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer und weitere Maßnahmen, die allen Abhängigen nutzen und die Parasiten schröpfen. Solange die Macht bei den Vertretern des Kapitals und seinen Handlangern liegt, solange wird es Arbeitslosigkeit und Armut geben. Gratulation an die Linkspartei mit 10,6% in Gießen und ihren Direktkandidaten Jonas Ahlgrim mit 7,0 % im gesamten Wahlkreis.

Michael Beltz



# Brutalstmögliche Geschichtsklitterung

Roland Kochs Angst vor einer Akzeptanz sozialistischer Ideen muß tief stecken. Es sei erschreckend, klagte er, mit welch „verklärtem Unwissen“ Schüler über diesen Zeitraum und diese Diktatur sprächen.

So schuf er im September ein neues Amt zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ – 20 Jahre nach dem Ende der DDR. Zur Leiterin der Propagandazentrale wurde Jutta Fleck berufen, besser bekannt als „Frau vom Checkpoint Charly“. Ihre verfilmte Lebensgeschichte strotzt vor Halb- und Unwahrheiten, aber Millionen Fernsehzuschauer nahmen es für bare Münze.

Sie habe zu Ihrem Vater nach Aachen gewollt – zu dem hatte sie aber seit Jahrzehnten keinen Kontakt. Sie habe 20 Ausreiseanträge gestellt, dann sieben – aber keiner ist aufgetaucht. Selbstredend wurden Haftbedingungen halluziniert, die keiner Überprüfung standhalten, und die, hätte es sie gegeben, längst von der akribi-

schen Ahndung jeglichen „DDR-Unrechts“ durch die westliche Justiz erfaßt worden wären. Dramatischer Höhepunkt des Films ist Helsinki, August 1986, während der Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). ARD-Text: „Sie hält der herbeistürmenden Weltpresse ihr Plakat („Gebt mir meine Kinder zurück!“) entgegen. Nur: die Schlußakte der KSZE wurde 1975 in Helsinki unterzeichnet. 1986 fand zwar auch eine Konferenz statt, aber in Wien...“

Selbst „Focus“ sagte im Juli 2008: „Die wahre Geschichte enthüllt neue, überraschende Erkenntnisse.“ Da sei einiges „recht verklärt beschrieben“ und teilweise „die Wahrheitsfindung schwierig“.

Und diese Frau, die es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, soll auf hessische Schülerinnen und Schüler losgelassen werden?!

„Mit Jutta Fleck haben wir eine außerordentliche Persönlichkeit gefunden, die vor allem durch ihre Glaubwürdig-

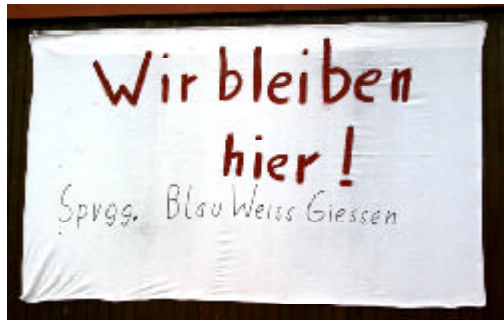
keit und Authentizität... überzeugt,“ lobt Koch, dessen eigene Glaubwürdigkeit spätestens seit 1999, als er die Herkunft von CDU-Schwarzgeldern mit „jüdischen Vermächtnissen“ erklären wollte, verspielt ist. E. Beltz



# Landesgartenschau weiter in der Kritik

Jetzt heißt es Farbe bekennen: Für oder gegen die Landesgartenschau, für oder gegen Ausgaben von ca. 25 Millionen Euro im sozialen Bereich: Erweiterung Gießen Pass, Erstausrüstung für Schulanfänger, kostenloses Frühstück oder auch Mittagessen für Kinder aus armen Familien, Zuschüsse für soziale Einrichtungen wie Aids-Hilfe, Wildwasser, Frauenhaus und andere mehr. Soll der für seine Integrationsarbeit ausgezeichnete Verein Blau-Weiß kaputt gemacht, also sozial ausgegrenzt werden, soll die Frühjahrsmesse im Februar und die Herbstmesse im November stattfinden, sollen wie in Bad Nauheim alte Bäume für die Gartenschau gefällt

und das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet in der Wieseckau „begrädigt“ und von Besuchermassen zertrampelt wer-



Mit diesem Schild bekräftigt Blau-Weiß seinen Entschluß, sich nicht von ihrem Sportplatz vertreiben zu lassen

den? NABU hat bereits Bedingungen angemeldet, um eventuell zustimmen

zu können: nicht nur eine naturverträgliche sondern auch eine sozialverträgliche Planung.

Wer kann verantworten, dass in unserer Stadt Gießen, der zweithöchst verschuldeten (pro Kopf) Stadt in Hessen, nach Prachtbauten wie das Kulturthaus noch Prachtschauen wie die Gartenschau durchgeführt werden? Prestige geht hier vor Kinderarmut, vor Erwerbslosigkeit, vor Verelendung materieller und kultureller Art. Gedemütigte Hartz-IV-Empfänger brauchen keine Gartenschau, und sie können den Eintritt nicht bezahlen, denn die acht Euro werden für Nahrungsmittel benötigt.

Bürgermeisterin Weigel-Greulich, in letzter Zeit um Kostensenkung bemüht, rechnet mit 700.000 Besuchern. Wenn aber wegen zunehmender Arbeitslosigkeit oder schlechtem Wetter weniger Menschen kommen, dann fällt das Defizit höher aus.

Vor der Entscheidung im Parlament sollte jeder Stadtverordnete sich mal in der Bevölkerung umhören und sich an den früheren Kämmerer, Dr. Kölb, erinnern, der bereits im November 2008 vor „ungeahnten Haushaltsrisiken“ warnte. Alleine die Internetumfrage der Gießener Allgemeinen brachte bei immerhin knapp 700 Beteiligten 47% Gegner der Mammutveranstaltung. – Und es werden mehr werden.

Michael Beltz

## 17. November: Aktionstag für bessere Bildung

Am 17. November werden in Hessen die Lehrerinnen und Lehrer streiken und eine Demo in Wiesbaden durchführen. Das hat der GEW Landesvorstand einstimmig



beschlossen - Aktionen gegen den Bildungsnotstand haben in Hessen - leider - Tradition. Eine häufige Parole der 70er und 80er Jahre war "In der Rüstung sind sie fix - für die Bildung tun sie nix" - heute noch hochaktuell. Unser Foto zeigt eine Demo auf dem Brandplatz in Gießen am 1. Juli 1965

## VEB Opel, und nicht nur das!

Mit ihren 4,5 Milliarden Euro Unterstützung für Opel finanziert die Bundesregierung (d.h. wir) die Vernichtung von 4.600 Arbeitsplätzen in Deutschland mit. Die Beschäftigten sollen 10% der Aktien übernehmen, d.h. in den nächsten 5 Jahren auf 1,5 Milliarden Euro Lohn verzichten.

Der Ruf nach einer Verstaatlichung von Opel wird inzwischen nicht nur von der DKP erhoben – mit dem Zusatz unter demokratischer Kontrolle (Gregor Gysi allerdings ist strikt dagegen).

Das Beispiel Opel zeigt deutlich die menschenverachtende Logik des Kapitalismus – und seine Unfähigkeit, die Produktion im Interesse der Menschen zu gestalten. Und das können und wollen die Kapitalvertreter auch gar nicht. Da wird jahrelang für den Profit auf Halde produziert und sich dann über die Pleite gewundert. 100.000.000 Autos können weltweit mit den vorhandenen Kapazitäten in einem Jahr hergestellt werden, aber die Hälfte wird nur gebraucht. Da müssen einige auf der Strecke bleiben.

Daran würde jetzt ein „Volkseigener Betrieb“ (VEB) Opel auch nichts ändern. Notwendig wäre die Verstaatlichung der kompletten Automobilindustrie sowie eine Umstellung der Produktion nach Kriterien des Bedarfs und der Umwelt. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: notwendig ist die Überführung der Groß- und Schlüsselindustrie in Gemeineigentum, was nach Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes durchaus möglich ist. E.B.

## Nordstadt-Hilfe

Seit Anfang des Jahres liegt die dringend notwendige Sozialberatung in der Nordstadt auf Eis. Fast 2.500 Einwohner dort sind von Hartz IV betroffen; trotzdem hat es nur wenige Monate eine auf einige Stunden begrenzte Beratung gegeben. Das Nordstadtzentrum selbst liegt brach; unklar ist, was mit längst überfälligen Baumaßnahmen ist. Die DKP fordert wieder umfassende Sozialberatung und Inbetriebnahme des Nordstadtzentrums. K.S.



# Feldbefreier-Prozeß: Wahrheitsfindung unerwünscht

Mit großem Polizeiaufgebot gab es wieder zwei Prozeßtage gegen Jörg Bergstedt und einen seiner Mitstreiter von der Saasener Projektwerkstatt. In diesem Berufungsprozeß vor dem Landgericht versuchen die Angeklagten und ihre Verteidiger, mit vielen ausführlichen Beweisunterlagen die Notwendigkeit ihrer Handlungen zu belegen.

Viele Einzelheiten wie der nicht ausreichende Schutz gegen Verbreitung der genveränderten Pflanzen durch Mäuse, die Verfilzung zwischen Aufsichtsbehörden,

Industrie und Forschungsinstituten und alle Arten der möglichen Gefährdung durch Gentechnik in der Landwirtschaft sollen durch diese Anträge geklärt werden. Das

Gericht lehnte aber pauschal mit immer wieder gleichlautender Begründung die ersten 78 Anträge ab – Wahrheitsfindung ist vor diesem Gericht nicht gefragt. Weitere 100 angekündigten Beweisunterlagen versuchte der Richter dadurch zu unterbinden, daß er einen Termin, noch am Verhand-

lungstage um 12 Uhr, setzen wollte. Erst durch den Protest der Verteidigung wurde ihm anscheinend klar, daß er mit dieser unrealistischen Frist einen sicheren Grund für ein Revisionsverfahren vorgegeben hätte. Befangenheitsanträge wegen dieses unmöglichen Verhaltens lehnte das Gericht ebenfalls ab – es ist aber auch merkwürdig, daß ein Gericht über seine eigene Befangenheit zu entscheiden hat. Als nächster Prozeßtermin wurde der 30. September festgelegt – nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe. Das Verhalten des Gerichts läßt nicht Gutes erwarten.

Wie notwendig der Kampf gegen die Verbreitung genmanipulierter Pflanzen ist, hat sich in den letzten Tagen wieder mal gezeigt. In etwa der Hälfte aller in Deutschland verkauften Leinsamen-Packungen befindet sich genveränderter Leinsamen, der nur in Kanada und nur als Tierfutter zugelassen ist. Die Körner werden als gesunde Zutat zu Backwaren und Müsli angeboten. Gernot Linhart



## Überwachungswahn mit Methode

Die jetzt vorgelegten Zahlen der Überwachung von Telefonen, E-Mails usw. sind alarmierend. 5348mal wurden im vergangenen Jahr (2007: 4.806) „Maßnahmen zur Telekommunikationsüberwachung“ durchgeführt. 16.463mal wurden Überwachungsmaßnahmen angeordnet. Diese Zahlen dokumentieren jedoch nur einen Bruchteil des tatsächlichen Ausmaßes, denn sie beziehen sich nur auf Maßnahmen

wegen eines konkreten Verdachts auf eine Straftat. Lauschangriffe der Polizei zu präventiven Zwecken sind darin nicht enthalten, ebensowenig wie alle Bespitzelungen der Geheimdienste – Verfassungsschutz, BND, MAD. Mehr als 20.000 Menschen haben am 12. September gegen den Überwachungsstaat in Berlin demonstriert. Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete

der Linkspartei, schrieb dazu in der DKP-Zeitung UZ u.a.:

„Dass sich die Dutzenden von „Sicherheitsgesetzen“ nicht gegen „islamistische Terroristen“ richten, sondern buchstäblich gegen jede und jeden, war den Unterstützern der Demo klar. Wann sonst gibt es Bündnisse, bei denen linke Parteien, die FDP, Antifa, Be-



rufsverbände und medizinische Beratungsinstitutionen gemeinsam demonstrieren? Die Vorratsdatenspeicherung verkörpert die Logik des Überwachungsstaates: Alle sind verdächtig, und alle werden überwacht. Wer mit wem wie lange telefoniert, von welcher Handy-Funkzelle, wer mit wem per E-Mail korrespondiert, wird ein halbes Jahr gespeichert...

**UZ** unsere zeit  
Sozialistische Wochenzeitung

**Probexemplare bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):**

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZAbo@t-online.de www.unsere-zeit.de**

Der Gedanke, der dahintersteht, ist ein völlig uferloser Präventionsanspruch: Der Staat sammelt alle möglichen Daten – sie könnten ja mal nützlich sein.

Die Überwachung des Telekommunikationsverhaltens ermöglicht es, Persönlichkeitsprofile zu erstellen und Netzwerke zu identifizieren.

Diese Informationen können nützlich sein, um im Fall des Falles Krisen zu meistern, sozialen Unruhen entgegenzutreten oder die kriegerische Außenpolitik abzusichern...

(gekürzt aus: UZ, Unsere Zeit, vom 18.9.09, Seite 2)

# Kapitalismus im Niedergang - wenn Heilmittel krank machen

1931 befand sich die Welt des Kapitals in einer Weltwirtschaftskrise, ganz wie heute. Fritz Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, rief damals die SPD auf dem Leipziger Parteitag auf, „*Arzt am Krankenbett des Kapitalismus*“ zu sein. Heute drängeln sich die Ärzte regelrecht um besagtes Bett: Christ- und Sozialdemokraten, Liberale, Ökologen, wobei die wohlklingenden Parteinamen nur noch ein Hohn sind. Welch ein Weg etwa von August Bebels und des Gießener Wilhelm Liebknecht Parole: „*Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!*“ über Tarnows „*Arzt am kapitalistischen Krankenbett*“ zu Schröders und Steinmeiers Agenda.

Also an Ärzten fehlt es nicht, aber jeder weiß, viele rührige Ärzte bedeuten nicht unbedingt viel Gesundheit. Es kommt hinzu, dass sich die Ärzte aller Couleur in den Rezepturen zwar erstaunlich einig sind, aber ständig mit sich selbst im Widerspruch liegen. Wir kennen das von Frau Merkel, die mit erhobenem Zeigefinger der linken Hand warnt, eine Volkswirtschaft könne nicht auf Dauer vom Schuldenmachen leben - das hat sie von der schwäbischen Hausfrau gelernt - und mit der Rechten ein gigantisches Schuldenfeuerwerk entzündet.

Der Chef des IWF (Internationaler Währungsfonds), Dominique Strauss-Kahn,

ist einer der einflussreichsten Chefärzte am Krankenbett des Kapitalismus. Er gibt dem „Spiegel“ ein Interview, wo er gefragt wird, ob es erzieherisch nicht richtig war, die Lehman-Bank pleite gehen zu lassen. Strauss-Kahn: Mit Blick auf die Moral der Banker (???) war es vielleicht richtig. Mit Blick auf die „systemische Konsequenzen“ war es eher falsch. (Ja, was denn nun?) Frage des „Spiegel“, ob nun das weltweit

wo der Finanz- und der Wirtschaftskrise die Sozialkrise folgen wird.

Darauf der „Spiegel“: Aber sollte das zusätzliche Geld nicht aus dem Wirtschaftskreislauf heraus, bevor eine weltweite Inflation Ersparnisse und Kaufkraft von Milliarden Menschen zerstört? Zweifellos, nur besteht die große Gefahr, dass die Nachfrage dann abgewürgt wird. „Spiegel“: Dass die US-Konsumenten mehr sparen und weniger konsumieren,

ist das gut oder schlecht? Strauss-Kahn: Beides!

„Spiegel“: Sollte man sich, wie von manchen Ökonomen vorgeschlagen, für ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum in der Zukunft einsetzen? (Nebenbei, wie geht das im Konkurrenzkapitalismus??) Strauss-Kahn: Der Vorschlag ist richtig. Man sollte aber darauf hinweisen, dass er weltweit zu höherer Arbeitslosigkeit führen wird. Alles ist richtig. Alles ist falsch. Das bedeutet, die Widersprüche sind im Rahmen des Kapitalismus nicht lösbar. Alle diese Heilmittel verlängern die

chronische Krankheit und verschieben bestenfalls den akuten Krisenschub etwas in die Zukunft. Dieser wird dann alles Bisherige übertreffen. Dafür wird die Zahl der Heilmittel, so fragwürdig diese an sich schon sind, weiter reduziert sein.

Klaus Mewes



in die Volkswirtschaften eingeschossene Geld nicht wieder herausgezogen werden müsste? (Was, nebenbei in den letzten Jahrzehnten noch nie gelungen ist!!) Ja, sagt der Chefökonom, aber doch nicht jetzt, wo die Krise gar nicht vorbei ist, wo die Arbeitslosigkeit steigen wird,

## Milliarden-Grab HYPO

Alle paar Wochen steht es in der Zeitung, wenn auch nur noch als kleine Meldung: Die inzwischen verstaatlichte Bank Hypo Real Estate (HRE) braucht wieder Geld, jedesmal gleich ein paar Milliarden Euro. Bei Finanzbedarf für andere Zwecke, zum Beispiel für ein EU-Programm, bei dem Schulkinder mit Obst versorgt werden sollen, wird um ein paar Millionen monatelang gestritten, das Geld für die HRE wird anstandslos und ohne weitere Diskussion überwiesen. Wofür das Geld gebraucht wird, wird nicht einmal erwähnt, die Bank braucht eben „frisches Geld“, heißt es lapidar. Ist das vorhandene Geld dort etwa schlecht geworden? Für den laufenden Geschäftsbetrieb, Gehälter, Mieten usw., würde ein Bruchteil der jeweils angeforderten Summe reichen. Es kann sich also nur um die Abwicklung alter Geschäfte handeln, um

Geschäfte aus der Zeit maßloser Immobilien- und Schrottpapier-Spekulationen. Andere Banken wie die Deutsche Bank sowie britische und US-Investmenthäuser machen inzwischen schon wieder Gewinne in Milliardenhöhe. Wahrscheinlich sind die Unsummen, die in die HRE hineingebuttert werden, genau die gleichen, die bei anderen Banken als Gewinne auftauchen – denn Geld geht ja nicht verloren, es wechselt nur den Besitzer. Was haben die Banker aus der Finanzkrise gelernt? Ganz einfach, sie wissen jetzt, daß sie eine beitragsfreie staatliche Vollkaskoversicherung haben. Wenn ihre Geschäfte gelingen, behalten sie den Profit, wenn sie schiefehen, springen die Regierungen mit Steuergeldern ein. Die Millionen-Boni, die Manager und Wertpapierhändler unter sich verteilen, sind nichts anderes als ihr Anteil an der Beute,



die sie den Kunden, Geschäftspartnern oder dem Staat abgenommen haben.

Gernot Linhart

## DDR-Hetze

Da sind sie nun seit zwei Jahrzehnten damit befasst, die DDR zu töten, aber offensichtlich doch nicht mit großem Erfolg. Etwa 60% der ehemaligen DDR-Bürger - erfährt man aus der Presse - halten die DDR für den besseren Staat, und die haben diesen Staat ja selbst erlebt. Anders die Wessis, die diesen Staat doch nur aus den Pamphleten, Lügengeschichten, Märchen jener "kennen", die die DDR "delegitimieren" wollen. Das führt aber zur Frage: Welchen Sinn könnte es haben, das, was schon seit langem tot sein soll, immer wieder erneut umzubringen? Es gibt nur dann einen Reim auf diese Geschichte, wenn es gar nicht um die DDR geht! Es geht um uns und um uns (!) heute(!): Indem man, mittels der Hetze gegen die DDR, die Idee und die Praxis des Sozialismus verteufelt, wollen sie uns - uns Hiesige und Heutige!! - daran hindern, über Sozialismus nachzudenken, ein Jenseits des Kapitalismus für möglich und notwendig zu halten. Also wir Hiesigen und Heutigen sind als Adressaten der Hetze gegen die DDR gemeint, nicht gemeint ist die gar nicht mehr vorhandene DDR. Robert

## Opel

Wie „Magna“ im September bestätigte, will der kanadisch-österreichische Autzulieferer nach der Übernahme von „Opel“ 10.500 Stellen streichen, davon rund 4.500 in Deutschland. Das wäre fast jeder 5. Arbeitsplatz bei „Opel“. Finanziert werden die Massenentlassungen durch immense Hilfen der deutschen Bundesregierung und Lohninbußen der ArbeiterInnen. Dafür ist genug Geld vorhanden, während die Kommunen ausbluten, Kinder hungern, die Bildung in den Ruin getrieben wird und im Kanzleramt Partys für Banker von der Kanzlerin zelebriert werden. Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Asi es la vida en capitalismo (= So ist das Leben im Kapitalismus). Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Uwe Zeuner

## Diskussion um Zivilcourage

Was bitte soll der einzelne Bürger in diesem an Sparmaßnahmen reichen Staat noch übernehmen? Der Bürger nimmt doch an, daß die Polizei zu seinem Schutz da ist! Also, Sparmaßnahmen weg (den Millionären in unserem Land werden jegliche Steuern erlassen), mehr Polizeipräsenz (Streifen gehen) an Punkten, wo Massen auftreten. In diesem Staat kommt immer die Einsicht, woran es wirklich liegt, zuletzt. Ob das Methode ist? K.-D. B.

Die herrschende Propaganda über die USA zeichnet das Bild vom Land der Freiheit. Aber keine andere bürgerliche Demokratie leistet sich eine solch große Zahl von Gefängnisinsassen und eine solch brutale Praxis der politischen Justiz.

Einige Fälle sind zu trauriger Berühmtheit gelangt wie die Hinrichtung der beiden anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti 1927 wegen angeblicher Beteiligung an einem Raubmord. Bisher gab es nie wieder eine solch breite weltweite Solidaritätsbewegung. So berichtet auch der

Kommunist und Buchenwald-Häftling Emil Carlebach, dass dieser Justizskandal ihn als Jugendlichen politisiert hat. 1977 wurden die beiden postum durch den Gouverneur von Massachusetts rehabilitiert.

Die Hinrichtung der beiden Kommunisten Ethel und Julius Rosenberg 1953, wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion. Der Prozeß gegen die Kommunistin Angela Davis, 1970–72, wegen angeblicher „Unterstützung des Terrorismus“. Trotz des geforderten Todesurteils wurde sie 1972 in allen Anklagepunkten frei gesprochen. Ein wesentlicher Anteil daran dürfte auch die umfassende internationale Solidarität der damaligen Zeit gehabt haben. 1977 wird Leonard Peltier, ein ehemaliges Mitglied der „American Indian Movement“ (AIM), zu zweifach Lebenslang verurteilt wegen der angeblichen Beteiligung an der Erschießung zweier FBI Agenten. Am 21.08.2009 wurde seine Begnadigung erneut abgelehnt. Der nächste Anhörungstermin ist 2024.

1982 wurde der Journalist und Unterstützer der MOVE Bewegung Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt. Er soll 1981 einen Polizisten erschossen haben. Am 27. März 2008 hob ein Berufungsgericht

in Philadelphia das Todesurteil gegen ihn auf. Der Schuldspruch wegen Mordes wird aber weiter aufrecht erhalten, eine Wiederaufnahme des Verfahrens wurde vom Obersten Gerichtshof der USA abgelehnt. In seiner im Oktober 2009 beginnenden Sitzungsperiode entscheidet das Gericht über einen Antrag der Staatsanwaltschaft über die Wiedereinsetzung der Todesstra-

fe. Würde diesem Antrag stattgegeben, dann wären alle juristischen Mittel endgültig ausgeschöpft.

Ein aktueller Fall: Die Verurteilung von fünf kubanischen Kundschaftern 2001 durch ein Gericht in Miami zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Ihr Vergehen bestand darin, exil-kubanische Gruppen unterwandert zu haben und die kubanische Regierung über bevorstehende Anschläge zu informieren. Trotz internationaler Proteste und der Entscheidung eines Gerichts in Atlanta, den Prozess an einem neutralen Ort neu zu verhandeln, sind die Kubaner bis heute in Haft.

So unterschiedlich die einzelnen Fälle auch sind, so folgen sie gemeinsamen Mustern: Entlastende Indizien werden ignoriert, Geschworene und Zeugen unter Druck gesetzt, Entscheidungen für die Angeklagten von Gerichten werden wieder aufgehoben.

Aber eines zeigt die Geschichte der politischen Justiz auch: Solidarität ist die wichtigste Waffe gegen jede Form von Klassenjustiz! Henning Mächerle



Wir gratulieren unserem langjährigen Echo-Abonnenten, gelegentlichen Autoren und Genossen

**Georg Fülberth**

herzlichst zu seinem

**70. Geburtstag**

Die Echo-Redaktion



(Grafik: junge Welt)

# Karikaturen-Streit - ein Schuß in den Ofen

Die Karikatur im letzten Echo, in der Steinmeier 4 Millionen Arbeitsplätze schafft, indem er Steine zerschlagen und wieder zusammenkleben läßt, hat wieder einmal zu heftigen Reaktionen geführt. Auslöser war ein anonymes Flugblatt an die Gießener Allgemeine, die daraus einen Skandal ableitete, sekundiert von dem Gießener SPD-Fraktionsvorsitzenden Merz, der Sanktionen gegen Michael Beltz verlangte. Aber es war ein Schuß in den Ofen: das Echo war im Gespräch, und wir bekamen viele zustimmende Reaktionen. Wir veröffentlichen einige Zuschriften sowie die Erklärung der DKP:.

**Die Empörung** von Gerhard Merz ist m.E. hervorgesoben. In einem Kreis-Sozialausschuss im Sommer vorigen Jahres bekannte er sich ausdrücklich zur Hartz-IV-Gesetzgebung. Öffentlich bejahte er die Notwendigkeit der Zusammenlegung der Sozialbehörden „*aber, daß das so ausgeht, daß hätte ich nicht gedacht*“ (Original-Zitat). Andererseits habe ich bisher aus seinem Munde nicht vernommen, wie Er den Auswüchsen des Agendawerkes 2010 vor Ort im Rahmen des zur Zeit Möglichen gegensteuern will. Auch seitens der SPD Stadt und Kreis habe ich bisher von keinem Gegenmodell erfahren. Es wird auch bei allen etablierten Parteien verkannt, daß sich in Kreisen der langfristig Erwerbslosen die Meinung widerspiegelt, sie würden verfolgt werden wie weiland die Juden vor 60 Jahren, nur auf die sehr viel feinere Art. Dabei verweisen sie auf die Residenzpflicht, die Anzeigepflicht bei der Veränderung ALLER Vermögensverhältnisse und die Offenlegungspflicht der Kontoauszüge (was de facto einen Verlust an persönlichen Datenschutz darstellt). Jeder Hobby-Historiker kann feststellen, daß es auffällige Ähnlichkeiten zu den Nürnberger Diskriminierungs-Gesetzen gibt. Unter diesem Aspekt ist es für mich nicht verwunderlich, daß entgegen den Willen der Bewohner in einer niederbayerischen Kleinstadt die braunen Horden wieder marschieren können, während die friedlich demonstrierenden Sitzblockierer mit einer Strafanzeige rechnen müssen. Mag sein, daß der Eine oder Andere meint, ich würde eine radikale Meinung vertreten. Ich wage nur auszusprechen, was etliche HARTZYS denken. Von daher halte ich die Titanic-Karikatur mit der SPD als KZ-Schergen durchaus für gerechtfertigt. Die Äußerungen von Michael Janitzki, die ich im Anzeiger lesen mußte, erscheint mir zu watteweich. Soli-Grüße Erika

**Danke für die Hintergrundinformationen** zum Thema. Hatte dazu schon einen Artikel in der Lokalzeitung gelesen (und mich fürchterlich aufgeregt). Meine Position zu der Partei der Arbeiterverräter bzw. zu modernen Formen der Zwangsarbeit setze ich als bekannt voraus.

Die "Sozialdemokratische" Partei auf den Müllhaufen der Geschichte! M.W.

**Ein Bekannter** hatte mich auf SPD Merz und die Karikatur-Affäre in der Gießener Zeitung aufmerksam gemacht. Am 22.07.2009 berichtete die Schweinfurter Zeitung unter dem Titel: "Vergleich mit Strukturen der Nazidiktatur - IG-Metaller Heinz Klee beim Vortrag 'Wohin steuert die Republik' auf Einladung des DGB": „*Der gesamte Staat wird so umgebaut, dass er an den vor 1945 erinnert.*“ Bei dieser Aussage von Heinz Klee vom IG-Metall-Ortsvorstand Ffm ging ein leises Raunen durch den Saal im Schweinfurter DGB-Haus. Frank Firsching, DGB-Regionvorsitzender, der den Kollegen zum Vortrag über die Frage „Wohin steuert die Republik?“ eingeladen hatte, fragte noch einmal nach, ob man das wirklich so ausdrücken könne. Das sei so dramatisch, bekräftigte Klee, der Staatsumbau nehme die gleichen Formen an wie damals. Mit besten Grüßen aus Wiesbaden A. F.

**Gut gebrüllt, Löwe!**

B.K.

**Pressemitteilung der DKP:** Die Erregung über eine Karikatur im Gießener Echo ist erstaunlich. Die Aufregung von Gerhard Merz (SPD) rührt wohl eher daher, ein durch die Bundesführung seiner Partei zu verantwortendes schlechtes Wahlergebnis nicht verkraften zu können. Ein nicht zu überbietender Zynismus im Vergleich zu der kritisierten Karikatur besteht doch darin, den Krieg in Afghanistan nicht nur zu verharmlosen, sondern in der Großen Koalition zu betreiben. Da werden Kinder umgebracht und im Nachhinein zu Talibanen ernannt, Tausende Menschen werden ermordet oder verhungern. Wer sich davon nicht distanziert und darauf drängt, endlich die Truppen aus dem fernen Land abzuziehen, wo „wir“ angeblich unsere Freiheit verteidigen, macht sich mitschuldig. Menschenverachtend ist nicht die Karikatur, die durchaus Kritik hervorrufen kann, sondern die Kriegsführung und die hierfür geschaffene Agenda 2010, die die Menschen in Armut stürzt. Wenn Herr Steinmeier 4 Millionen Arbeitsplätze verspricht, wobei die Praxis der SPD - Rente mit 67 u.a.m. - genau das Gegenteil bewirkt, dann kann dies nur bössartige Satire hervorrufen. Und eine Unterscheidung nach dem Motto „nur wo Satire drauf steht, darf Satire drinsein“ ist einfach

**Diese lächerliche Kampagne** wirft einen Nebel, die unglaubliche Aussage des Herrn Steinmeier zu verdecken, ohne sich die Arbeit zu machen, sich etwas gegen den möglichen Koalitionspartner CDU abzugrenzen. Für diese Aussage soll der Herr Steinmeier zurücktreten. das ist ein offener Realitätsverlust, wie er den politischen Führern der DDR vorgeworfen wurde und mit dem Satz „ich liebe euch doch alle“ völlig vergleichbar ist Danke für diese mail MB

**Na toll, ich hab das alles nicht mitbekommen**, da ich weder Allgemeine noch Anzeiger lese wegen deren mangelnder journalistischer Qualität. Die Karikaturen im Echo finde ich immer gut und zum jeweiligen Thema passend. Daß Michael Beltz derart angegriffen wird, ist so lächerlich, daß eine Empörung darüber schon zuviel der Ehre für die Sozialdemokraten wäre. Der Angriff zeigt vielmehr, daß Michael Beltz diese Verräter an den Interessen der Werktätigen und Erwerbslosen ordentlich geärgert haben muß. Karin Kulka

lächerlich. Im übrigen hatten sowohl die Gießener Tageszeitungen als auch Gerhard Merz das Gießener Echo bereits seit mehreren Tagen vorliegen und ereiferten sich erst später aufgrund eines anonymen Flugblattes, in dem weder die Quelle der Karikatur, die „Titanic“, noch die das Layout gestaltende Echo-Redaktion auf Korn genommen wurden, sondern der „Gießener Stadtverordnete Michael Beltz“

**Redaktionsschluß für das November-Echo: 29.10.09**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwort.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Druck: Druckkollektiv Gießen  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>  
<http://www.dkp-hessen.de>

**Wir bitten um Spenden!  
Konto-Nr. 193070  
BLZ 51350025**

# Raus aus Afghanistan!

Obwohl 69% den Afghanistan-Krieg ablehnen, ist ein Ende nicht abzusehen. Im Gegenteil: nach der Zurückhaltung, die sich die Kriegsparteien bis zur Bundestagswahl auferlegt hatten, sollen weitere Truppen und weiteres Kriegsgerät entsandt werden; die Profite der Rüstungsindustrie sprudeln.

Seit acht Jahren tobt der Krieg, seitdem der frühere US- und CIA-Intimus Bin Laden für die Anschläge vom 11. September verantwortlich gemacht wurde (bis heute ohne Beweise!). Die „Operation enduring (= andauernd) Freedom“ ist längst zur „Operation enduring Killing“ geworden. Die Gefechte werden härter, die Gefallenen und die zivilen Opfer(!) werden immer mehr. Die Herrschenden jener Länder in der Koalition der Willigen, die den Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausgerufen haben, erweisen sich selbst als größte Terroristen.

## Alltägliche Kriegsgewöhnung

So groß die Ablehnung des Afghanistan-Krieges ist, die Gründe sind sehr unterschiedlich. Schlimm ist es, daß viele sich daran gewöhnen, daß Deutschland Krieg führt. Durch Ordensverleihung und Denkmäler wird diese „Normalität“ gezielt gefördert. Nie wieder Krieg ohne uns. Die alten Revanchisten trauen sich wieder aus

ihren Löchern und leugnen die historische Kriegsschuld Hitlersdeutschlands am 2. Weltkrieg („Polen war schuld“, war im September in Leserbriefen der Gießener Presse zu lesen); vom "Versailler Diktat" ist wieder die Rede. Und D. Lemmer, Redakteur beim Anzeiger, äussert am 21.8. tiefes Mitgefühl für Hitlers Afrika Korps, das vor 68 Jahren in der Gluthitze in voller Ausrüstung schwitzte und nicht – wie wir heute – zur kühlen Cola greifen konnte (im Winter wird er dann wohl an Stalingrad erinnern!). Auch solche Beispiele sind Teil der psychologischen Kriegsführung, die von den Herrschenden gezielt betrieben und von ihren Lakaien bereitwillig unterstützt wird.

## Es geht ausschließlich ums ÖL

Eines muß jedoch klar sein: dieser Krieg wurde begonnen, um dem Kapital Zugang zu den Weltmärkten und Rohstoffen zu beschaffen – und aus keinem anderen Grund. Zu diesem Zweck sind weitere Kriege geplant (die „Schurkenstaaten“ sind benannt). Daß neben dem Irak bisher nicht weitere Länder überfallen wurden, ist dem dortigen Widerstand zu verdanken. Kabinett und Kapital werden den Teu-

## Fakten zum Afghanistan-Krieg

2001 waren 1200 deutsche Soldaten in Afghanistan. 2005 waren es 3000, heute sind es 4500 (Kontingentobergrenze).

### Kosten

2008 beliefen sich die Kosten für den ISAF-Bundeswehreininsatz auf 536 Mio. Euro (ursprünglich waren 487 Mio. geplant). 2009 wird diese Zahl aufgrund der durch den zusätzlichen AWACS-Einsatz verursachten Mehrkosten deutlich überschritten.

### Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 788, Nicht-US: 533 (Kanada: 127; Großbritannien: 204), Deutschland: 35.

Gesamt: 1386 (Stand: 13.09.2009)

### Opium-Anbau

2002 betrug der Anteil des afghanischen Opiums an der Weltproduktion 41%, 2005: 69%, 2008: 79%.

### Soziale Situation

- 40% der Menschen waren 2008 arbeitslos
- 61% sind chronisch unterernährt
- Die Lebenserwartung sank auf 43,1 Jahre
- Die Alphabetisierungsrate fiel von 28,7% auf 23,5%.
- Nur 13% haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser
- nur 6% haben Zugang zu elektrischem Strom

fel tun und diese Pläne freiwillig aufgeben. Aber sie tun alles, um künftige Proteste gegen ihre Hartz-IV- und Kriegspolitik wirksam bekämpfen zu können. Neben den vielen „Sicherheitsgesetzen“ werden dafür in allen Kreisen der BRD für die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“) Reservisten zusammengestellt.

Wer für Frieden und soziale Gerechtigkeit kämpfen will, muß für die Entmachtung des Kapitals kämpfen.

Erika Beltz

\*) Über eine entsprechende Anfrage der Linken im Kreistag berichten wir in der nächsten Ausgabe

## DKP-Termine

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP ist am Donnerstag, dem 22. Oktober, um 19.30 Uhr im Winchester-Zimmer der Kongreßhalle.  
Infostände der DKP:  
Sa., 24.10. in der Nordstadt  
Sa., 7.11. im Seltersweg

## Nazi-Demo verhindern

Am 7.11. wollen die Nazis erneut in Friedberg demonstrieren.

Am 1. August konnten 2000 Gegen-demonstranten ihren Aufmarsch erfolgreich verhindern. Das muß auch diesmal gelingen!

## Mahngang und Demo

zur Erinnerung an die faschistische Reichspogromnacht  
Montag, 9. November um 18 Uhr am Rathaus

Im Anschluss ca. 20.30 Uhr im DGB Haus: Lesung mit  
Pit Metz und Manfred Ferner

„Wenn ich nicht schreie, ersticke ich“

Im Januar des Jahres 1944 wurde der ungarisch-jüdische Arzt Dr. Nyszli zusammen mit seiner Familie in das KZ Auschwitz deportiert. Als erfahrener Gerichtsmediziner wurde er von SS-Arzt Mengele in das an den Krematorien arbeitende Sonderkommando befohlen. Er dient als Sektionsarzt und Assistent in Mengeles „medizinischem“ Stab. Dr. Nyszli überlebt das Sonderkommando. Auf dem „Todesmarsch“ zur Evakuierung des KZs flieht Dr. Nyszli. Seine Aufzeichnungen werden die Grundlage der Anklage im Nürnberger SS-Ärzteprozess sein. Sein Buch erschien erst im Jahre 1993 in deutscher Sprache.